

DAS THEMA

Verantwortung auch zutrauen

Kati Engel zum Treffen mit der Landesschülervertretung

In gelöster Atmosphäre traf sich die jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Kati Engel, am 24. April mit der Landesschülervertretung. Der Themenstrauß war bunt entsprechend der Interessen, die die sieben Schülersprecher und ihr Sekretär mitgebracht hatten: er reichte von der Fahrtkostenerstattung für Berufsschüler über das Unterrichtsausfall-Problem bis hin zu den Stärken und Schwächen bestimmter Fächer. Hier ein Bericht von Kati Engel dazu.

Zusammen mit unserem wissenschaftlichen Mitarbeiter Dr. Steffen Kachel hatte ich mich mit Maximilian Reichel-Schindler, Vorsitzender der Landesschülervertretung (LSV), Christoph Werz, Geschäftsführer der LSV im TMBJS, sowie weiteren LSV-VertreterInnen getroffen. Die Landesschülervertretung setzt sich aus den gewählten Landesschülersprechern jeder Schulart (Berufsschulen, Gymnasien, Gesamtschulen, Förderschulen, Regelschulen usw.) zusammen, die aus ihrer Mitte den Landesvorstand wählen, der die Arbeit organisiert und leitet.

Im gemeinsamen Gespräch tauschten wir uns über Themen aus, die den Jugendlichen auf der Seele lagen. Die LSV begrüßt das Vorhaben der Koalition, ein Azubi-Ticket einzuführen. Gleichzeitig haben sie aber auch darauf hingewiesen, dass die SchülerInnen der Oberstufe bei der Fahrtkostenübernahme außen vor gelassen werden. Denn diese liegt im Ermessen der Kreise und endet meist nach der 10. Klasse. Da ein ermäßigtes Ticket für den Öffentlichen Personennahverkehr nur bis zum 14. Lebensjahr erhältlich ist, stellt dies gerade im ländlichen Raum, wo die Schulwege weiter sind, für die SchülerInnen und ihre Familien

eine große Belastung dar. Sie plädieren daher dafür, ein ausgeweitetes Schüler-Azubi-Ticket einzuführen.

Angesprochen wurde auch die fehlende Chancengleichheit, um einen höheren Bildungsabschluss erwerben zu können. Noch immer ist es vom Geldbeutel der Familie abhängig, welchen Bildungsabschluss junge Menschen erlangen können. Zu viel kosten einfach sämtliche Schulmaterialien, angefangen vom Übungsheft bis hin zum Taschenrechner, aber auch die Nachhilfe im Notfall ist nicht billig. Natürlich gehört die Inklusion von körperlich oder seelisch behinderten Menschen dazu. Im Koalitionsvertrag haben wir die Erarbeitung eines Inklusionsplans festgeschrieben.

Von Desinteresse oder Resignation keine Spur

Gerade unter dem Aspekt der Schule wird es spannend und herausfordernd sein, nicht nur zu sehen, was junge Menschen für andere junge Menschen fordern, sondern diese Forderungen auch umsetzen zu können. Gemeinsam wollen wir uns dieser Herausforderung stellen. Ein weiteres Anliegen des LSV-Landesvorstandes waren die Unterrichtsinhalte. Diese seien oft ohne aktuellen Bezug und würden mit veralteten Methoden vermittelt.

Es kam die Frage auf, ob es nicht möglich sei, die SchülerInnen stärker in die Unterrichtsgestaltung einzubeziehen. Schließlich hat Schule den Auftrag, zu Mündigkeit und Eigenverantwortung zu führen. Aber dafür muss den SchülerInnen Verantwortung auch

zugetraut werden. Oft werden sie nur an marginalen Entscheidungen, wie z. B. der Gestaltung der Klassenräume, beteiligt. Eine Partizipation bei der Unterrichtsgestaltung findet seltener statt. Dadurch erhalten SchülerInnen keine Gelegenheit, wichtige Kompetenzen zu erwerben und Themen zu behandeln, welche ihnen wichtig sind.

Davon abgeleitet kamen wir auch zu dem letzten Diskussionsstrang, der Partizipation. Wieso wollen wir in Thüringen denn nicht mutig sein und weitere demokratische Strukturen in die Schule einbauen? In der Jugendhilfe lassen wir auch junge Menschen über die eigenen Wünsche und Bedürfnisse diskutieren und entscheiden. Eine weitere Verzahnung von Schule und Jugendhilfe, über die schulbezogene Jugendarbeit, erscheint hier ein möglicher Ansatz.

Das Gespräch zeigte sehr deutlich: Erstens sind die SchülersprecherInnen selbst ein gutes Beispiel, dass den motivierten und kreativen jungen Menschen von heute ihre eigene Zukunft, aber auch die von anderen, eben nicht egal ist. Von Desinteresse oder Resignation keine Spur. Zweitens haben wir gesehen, dass unsere Fraktion, aber auch die Koalition, inhaltlich auf der Höhe der Zeit ist.

Wir sehen die Probleme und denken in die gleiche Richtung wie die jungen Menschen. Wieviel wir davon in den nächsten Jahren umsetzen können, wird sich zeigen. Aber das eine ist schon sicher: im vertrauensvollen Gespräch und Miteinander mit der LSV und deren Vorstand werden wir bleiben. ■

In der Europawoche beim Sömmerdaer Schülerparlament

„Seit dem Zusammenschluss der Europäischen Union gibt es die längste Friedensperiode in den europäischen Staaten.“ „Leben und Lernen im Ausland wird einfacher.“ Diese und andere Fakten wurden am 6. Mai im Rahmen der Europawoche und mit Blick auf den Europatag am 9. Mai in einer Informationsveranstaltung zum Thema „Europa“ besprochen.

Einer guten Tradition folgend traf sich das Sömmerdaer Schülerparlament auch in diesem Jahr im Sitzungssaal des Rathauses zum Vortrag des LINKE-Abgeordneten und Vorsitzenden des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien des Thüringer Landtages, Jörg Kubitzki. Nachdem die Veranstaltung vom Bürgermeister sowie dem Vizepräsidenten des Schülerparlamentes eröffnet wurde, begann die Präsentation zur Europäischen Union, Schwerpunkte: die Aufgaben der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und weiterer Euro-



päischer Institutionen, deren Zusammensetzung und Wirkungsweise innerhalb der Europäischen Union. Es wurden Möglichkeiten für Jugendliche aufgezeigt, wie sie in Europa lernen können; zum Beispiel durch Beteiligung an Austauschprogrammen, wie Erasmus und Leonardo. Dann gab es eine interessante Gesprächsrunde, in der die Kinder und Jugendlichen bewiesen, dass sie „fit“ für Europa sind. Zum krön-

nenden Abschluss der Veranstaltung und ganz im Sinne der Europawoche lud der Bürgermeister, Ralf Hauboldt (LINKE), zu einem gemeinsamen „Eis beim Italiener um die Ecke“ ein.

Foto: Interessiert verfolgten die Schüler der 5. bis 11. Klassen dem Vortrag von Jörg Kubitzki.

Julia Rinker, Dolores Hof

KURZ UND PRÄGNANT

Treffen im Landtag

Das Treffen der gleichstellungs- und frauenpolitischen SprecherInnen der LINKEN Landtagfraktionen und der Bundestagsfraktion fand kürzlich auf Einladung von MdL Karola Stange im Thüringer Landtag statt. Sie wies darauf hin, dass sich die parlamentarische Arbeit in der rot-rot-grünen Koalition anders und dennoch interessant gestaltet. Das Thema Gleichstellung hat in Thüringen in der neuen Legislatur einen höheren Stellenwert.

Dies bekräftigte auch Ministerin Heike Werner, die in ihrem



Gastbeitrag die Schaffung eines neuen Frauenreferates im Ministerium ankündigte und mitteilte, dass in diesem Jahr die Frauenhäuser und Interventionsstellen besser ausgestattet werden. Zur Situation der Frauenhäuser wird es jetzt auch im Gleichstellungsausschuss des Landtags auf Antrag der Koalitionsfraktionen eine öffentliche Anhörung geben.

Die Ländervertreter berichteten, dass u.a. bei der Finanzierung der Schwangerschaftsberatungsstellen und zur Arbeits- und Einkommenssituation der Hebammen Lösungsansätze gesucht werden. Die Bundestagsabgeordnete Cornelia Möhring informierte über parlamentarische Initiativen und eine geplante Filmveranstaltung mit anschließender Diskussion im Rahmen der Aktion „Fraktion vor Ort“ im September.

Im Anschluss überreichten Cornelia Möhring und Karola Stange Vertreterinnen des Vereins der in der DDR geschiedenen Frauen e.V. eine finanzielle Zuwendung in Höhe von 950 Euro aus dem Spendenfonds der LINKEN Bundestagsfraktion (s. Foto). Ziele des Vereins sind, sich dafür einzusetzen, dass die rechtmäßig während der DDR-Zeit erworbenen Ansprüche der geschiedenen Frauen auf eine angemessene Rente durchgesetzt werden sowie eine Angleichung bzw. Gleichstellung mit den Rechten aller geschiedenen Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine weitere politische Unterstützung von Seiten der LINKEN Bundestags- und Landtagsfraktion wurde den Mitgliedern des Vereins zugesichert. Cordula Eger ■